

(I) Chinas internationale Rolle und die Konsequenzen für die Europäische Union und Deutschland

Karoline Duchene, Anika Mahla, Jan Schablitzki, Simon Striegel

1 Einleitung

Aufgrund des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs entwickelte sich die Volksrepublik China in den vergangenen drei Jahrzehnten zur zweitgrößten Wirtschaft der Welt. Angesichts dieses fundamentalen Wandels lässt sich eine Neustrukturierung auf den Ebenen der internationalen Wirtschaft und Politik beobachten. Über die Einschätzung der Folgen dieses Bedeutungsgewinns herrscht aus einer „westlichen“ Perspektive heraus Uneinigkeit. So stehen sich auch im wissenschaftlichen und medialen Diskurs idealtypisch zwei Positionen gegenüber: Auf der einen Seite des Spektrums wird mit Blick auf China von „Konfrontation“, „Herausforderung“ und/oder „Gefahr“ gesprochen. Auf der anderen Seite betonen einige Autoren die Möglichkeit für eine überwiegend kooperative Integration Chinas auf internationaler Ebene.¹

Die Wahrnehmung Chinas als „Bedrohung“ aufgreifend geht dieser Beitrag der Fragestellung nach, wie sich die Volksrepublik in Anbetracht ihrer steigenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung in internationalen Arenen verhält. Dabei wird in der Analyse von einem Kontinuum des Verhaltens von Staaten ausgegangen, welches sich zwischen den Polen „Kooperation“ und „Konfrontation“ bewegt. Kooperation wird verstanden als die Anpassung an internationale Normen und ihre (pro-)aktive Ausgestaltung bei der Verständigung auf gemeinsame Ziele. Konfrontation hingegen besteht, wenn kompromisslos auf der eigenen Position beharrt wird, ohne dabei andere Akteure zu berücksichtigen.

Einleitend wird zunächst die Perzeption des chinesischen Aufstiegs dargelegt, bevor eine Wachstumsprognose mit potentiellen Sättigungsfaktoren eine Aussicht auf den mittelfristigen Verlauf der chinesischen Wirtschaftsentwicklung gibt. In der Analyse werden Interdependenzen aufgezeigt, die das „westliche“ Interesse an Kooperation mit China für die Gegenwart und Zukunft begründen. Anschließend wird anhand der drei ausgewählten Politikfelder Klimapolitik, geistiges Eigentum und Peacekeeping der Vereinten Nationen (VN) das Verhalten der Volksrepublik im internationalen Kontext untersucht.

2 Perzeption des chinesischen Aufstiegs im „westlichen“ Diskurs

Im öffentlichen Diskurs der etablierten „westlichen“ Industriestaaten dominiert, trotz vielfältiger Bemühungen der chinesischen Führung diesem entgegenzuwirken, ein Bild der Bedrohung durch China.² Die Perzeption reproduziert Stereotypen der aggressiven Großmacht in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Dimension. Mit Bezug auf Studien zur medialen Berichterstattung über China können hier beispielhaft der „chinesische Drache, der die Welt schluckt“, „China als Wirtschaftsspion und Produktpirat“, „die wirtschaftliche und militärische Großmacht, die sich global auszudehnen sucht“, oder „der eigennützige Blockierer bei globalen Verhandlungen“ aufgeführt werden.³

Insbesondere aufgrund des kontinuierlichen, immensen wirtschaftlichen Wachstums Chinas und der parallel verlaufenden Wirtschafts- und Finanzkrise in westlichen Staaten befürchten, nach einer aktuellen Studie des Huawei-Konzerns, 74 Prozent der Deutschen, dass „China zu mächtig wird“⁴. Gleichfalls glauben ca. die Hälfte der Europäer (EU27) bzw. 64 Prozent der Deutschen, dass China und die Europäische Union nicht dieselben Interessen bei der Globalisierung verfolgen⁵. Diese Bedrohungswahrnehmung ist auch innerhalb des Mediendiskurses⁶ festzustellen. Die einseitige Berichterstattung trägt zur Verfestigung der genannten stereotypen Wahrnehmung bei. So kam eine Medienanalyse der Heinrich

1 Ten Brink 2011:1.

2 Purba 2012: 5, 35; Xing / Muchie 2010.

3 Pamlin 2013; Richter / Gebauer 2010.

4 Huawei 2012.

5 Meunier 2011.

6 Richter / Gebauer 2010.

Böll Stiftung aus dem Jahr 2010 zu dem Ergebnis, dass in den deutschen Medien zwar ein großes Interesse an China besteht, sich Beiträge jedoch „eher an gesellschaftlich verankerten Symbolen und Floskeln orientieren, statt ihre eigentliche Aufgabe des Hinterfragens dieser Bilder wahr[zunehmen“.⁷

Auf der wissenschaftlichen Ebene findet sich dieser Diskurs wieder „auf der Suche nach Chinas Entwicklungsmodell“.⁸ Diesem zufolge lässt sich in der Volksrepublik eine erfolgreiche Kombination von autoritärem System und Wirtschaftsentwicklung beobachten. Aufgrund seiner Anpassungsfähigkeit und Effizienz stelle dieses System auch ein attraktives Modell für Entwicklungsländer zur Nachahmung dar und stehe somit in Konkurrenz zur liberalen und marktwirtschaftlich geprägten Demokratie.⁹ Allerdings bezweifeln mittlerweile einige Autoren, ob das „Modell China“ tatsächlich als Wachstumsstrategie für andere Länder geeignet ist.¹⁰ Dabei wird zum einen die Effizienz des Entwicklungsmodells in Frage gestellt, da sowohl innere als auch außenpolitische Problemstellungen die staatliche Entwicklung negativ beeinflussen.¹¹ Zum anderen ist für viele Länder die Fähigkeit einer simplen Nachahmung des bekannten chinesischen Erfolgsrezepts in den eigenen Strukturen beschränkt, da China allein schon aufgrund seiner Größe eine Ausnahme darstellt.¹² Außerdem bedarf es zur erfolgreichen Umsetzung des Modells auch zentralistischer Strukturen, die in anderen Entwicklungsländern nicht zwangsläufig gegeben sind.¹³

3 Wachstumsprognose und Sättigungsfaktoren

Neben dieser im akademischen Diskurs diskutierten politisch-systemischen Bedrohung durch die Volksrepublik China wird oft auch die Wirtschaftskraft Chinas als Bedrohung wahrgenommen. In der Tat lässt sich im Zuge der ökonomischen Liberalisierung seit den späten 1970er Jahren in China ein extrem hohes und stabiles Wachstum beobachten. Im Zeitraum von 1978 bis 2005 ist die Wirtschaft in der Volksrepublik China um durchschnittlich 9,6 % im Jahr gestiegen.¹⁴ Als Folge dieser wirtschaftlichen Entwicklung wird China laut verschiedener Prognosen im Zeitraum zwischen 2020 und 2030 die USA als weltweit größte Ökonomie ablösen.¹⁵ Es besteht vor diesem Hintergrund kein Zweifel daran, dass China ein absolutes Schwergewicht der Weltwirtschaft ist und in den letzten Dekaden eine fundamentale wirtschaftliche Machtverschiebung stattgefunden hat, die sich nicht nur in einer gestärkten Rolle Chinas in internationalen Politikarenen widerspiegelt, sondern auch in einem verstärkten Interesse, internationale Politik mitzugestalten.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist aber zugleich festzustellen, dass China seinen Wachstumspfad mit zweistelligen Zuwachsraten des Bruttoinlandprodukts (BIP) nicht dauerhaft wird fortsetzen können. Laut Prognosen einer aktuellen Studie der Weltbank wird sich das jährliche Wachstum von knapp 10 % zwischen 1995 und 2010 bis zum Jahr 2025 auf circa 5 % reduzieren und somit nahezu halbieren.¹⁶ Das bislang durch die Industrialisierung, geringe Lohnkosten und Exportprodukte aus dem Niedriglohnssektor getragene Wirtschaftsmodell kann in seiner bisherigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden, weil sich die Sozialstruktur der chinesischen Gesellschaft grundsätzlich gewandelt hat (u. a. infolge der Ein-Kind-Politik). Der chinesischen Volkswirtschaft steht ein struktureller Wandel hin zu einem durch Arbeitsproduktivitätszuwächse und Binnenmarktausrichtung (d. h. durch inländischen Konsum) getragenen Wachstum bevor – eine Transformation, die sich so auch historisch im asiatischen Raum bei den beiden aufstrebenden Ökonomien Japan und Südkorea beobachten ließ und die in diesen Ländern zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums geführt hat.¹⁷ Offen bleibt

7 Ebd.: 10.

8 Dt. Übersetzung des Titels „In search of China’s development model“ (Hsu 2011); u. a. auch bei Zhao 2010.

9 Xing/Muchie 2010: 52; Ambrosio 2012.

10 Ebd.; Chen/Goodman 2012; Zhao 2010: 434.

11 Hsu 2011: 14; hierzu mehr in Abschnitt 3.

12 Naughton 2010: 438 f.

13 Hsu 2011: 11 f., 14; Purba 2012: 35; Zhao 2010: 424–431.

14 Naughton 2007: 140.

15 Morrison 2009: 7.

16 The World Bank 2012: 9.

17 Morgan Stanley 2010: 5–7.

dabei derzeit noch – wie unten ausgeführt – die Frage, ob der im Vergleich zu Japan und Südkorea weitaus größere Binnenmarkt der Volksrepublik China als Wachstumsmotor fungieren können wird. Im chinesischen Kontext lassen sich unter anderem folgende limitierenden Faktoren identifizieren, die voraussichtlich zu Sättigungseffekten beim Wirtschaftswachstum führen werden:

1. Das chinesische Wachstum war bisher stark durch einen exzessiven Industrialisierungsprozess getragen, der in ganz erheblicher Weise zum wirtschaftlichen Wachstum beigetragen hat. Allerdings ist dieser in weiten Teilen des Landes mittlerweile abgeschlossen. Es kann nicht erwartet werden, dass neu erschlossene Industrieregionen einen ähnlich starken Zuwachs des BIPs generieren können wie in der Vergangenheit.¹⁸ Zudem bestehen trotz proklamierter Versuche der chinesischen Regierung, China zu einem Technologie- und Innovationsstandort zu machen, berechtigte Zweifel mit Blick auf die Innovationsfähigkeit der chinesischen Ökonomie, weil die tatsächliche Innovationstätigkeit derzeit noch weit hinter den gesteckten Zielen zurückbleibt und chinesische Unternehmen dazu tendieren, bestehende Technologien zu kopieren und zu optimieren. Auch aus der ökologischen Dimension und den teilweise gravierenden Umweltproblemen ergeben sich Grenzen für einen weiteren durch Industrialisierung getragenen Wachstumsprozess.
2. Zweitens hat im Zuge der Ein-Kind-Politik ein Prozess der zunehmenden Überalterung der chinesischen Gesellschaft eingesetzt, in dessen Folge die sozialen Sicherungssysteme stark beansprucht werden und der Arbeitskräftepool verkleinert wird. Dies führt nicht nur dazu, dass sich das Wachstum nicht mehr – wie in der Vergangenheit – auf die steigende Zahl von Arbeitskräften stützen können, sondern auch dazu, dass die Lohnkosten durch zunehmende Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt steigen werden. Die erwähnten Lohnsteigerungen führen zu einem partiellen Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit in ehemaligen Niedriglohn-Sektoren (z. B. Textilien und Kleinelektronik). Daraus resultiert eine zunehmende Notwendigkeit, den Wandel von der arbeitsintensiven zur kapitalintensiven Produktion einzuleiten. Ob dieser Wandel gelingt und ob sich China als Exporteur von kapitalintensiveren und technisch anspruchsvolleren Produkten am Weltmarkt wird etablieren und behaupten können, hängt wiederum von der Innovationsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft und dem mit Zweifeln behafteten Erfolg wirtschaftspolitischer Reformen in der Zukunft ab.¹⁹
3. Zuletzt behindert eine überproportional hohe Sparrate die Entwicklung des Binnenmarktes. Wie oben dargestellt, ist es derzeit noch unklar, ob die Konsumquote in China in den kommenden Jahren steigen wird und der Binnenmarkt somit als Wachstumsmotor fungieren kann, insbesondere wenn das Wachstum nicht mehr in einem solchen Maße wie bislang durch Exporte getragen wird. Hierzu bedarf es nicht nur einer Veränderung des individuellen Konsumverhaltens, sondern auch Reformen des zur Zeit noch überregulierten und im Vergleich zur übrigen Ökonomie rückständigen, da durch Staatsbanken geprägten Finanzsektors.²⁰ Trotz einiger positiver Prognosen²¹ ist zumindest fraglich, ob eine solche Transformation in der nahen Zukunft gelingen wird, und somit muss das Wachstumspotenzial des Binnenmarktes als begrenzt bewertet werden.

4 Wirtschaftliche Interdependenz Chinas mit der Europäischen Union und Deutschland

Begründet durch die oben dargelegten potenziellen Limitationen für das Wirtschaftswachstum muss die weit verbreitete Annahme eines konstanten und linearen Wachstumsprozesses in der Volksrepublik China als Irrtum zurückgewiesen werden. Zugleich besteht trotz der zu erwartenden Abschwächung des Wachstums durch die oben dargelegten Sättigungsfaktoren kein Zweifel daran, dass China eine globale Wirtschaftsgrößmacht ist und dies auch in Zukunft bleiben wird. Im selben Atemzug jedoch lässt sich hieraus keine absolute wirtschaftliche Vormachtstellung oder Dominanz Chinas ableiten, wie es oft im oben geschilderten Mediendiskurs dargestellt wird. Vielmehr zeichnet sich – wie im Folgenden an den

18 The World Bank 2012: 8.

19 Naughton 2007: 170 ff.; The World Bank 2012: 7.

20 Naughton 2007: 451 ff.

21 Morgan Stanley 2010.

Handels- und Investitionsströmen (FDI) dargelegt – ein weitaus komplexeres Bild der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und der EU sowie Deutschland im Speziellen ab. Die Komplexität resultiert aus der stark ausgeprägten Interdependenz zwischen der chinesischen und den europäischen Volkswirtschaften. Die EU ist Chinas wichtigster Handelspartner weltweit – vor den USA, Japan und Südkorea. Im Jahr 2011 stammten 12,1 % der chinesischen Importe aus der EU und 18,8 % der chinesischen Exporte hatten die EU als Ziel.²² Deutschland rangierte im Jahr 2008 auf Platz fünf der wichtigsten Bezugs- und Lieferländer Chinas weltweit. Innerhalb der EU ist Deutschland mit Abstand der wichtigste Handelspartner Chinas. So hatten 2008 insgesamt 4,1 % der chinesischen Exporte Deutschland als Ziel, und 4,9 % der chinesischen Importe stammten aus Deutschland. Zwischen 2001 und 2008 hat sich das Außenhandelsvolumen zwischen China und Deutschland verdreifacht.²³ Dieser steigende Trend wirtschaftlicher Interdependenz stellt sich im Falle der chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland bzw. in der EU noch stärker dar. Die chinesischen Investitionsströme haben sich zwischen 2003 und 2010 in Deutschland mehr als verfünffacht, in der EU sogar mehr als verzehnfacht.²⁴

Es lässt sich folglich konstatieren, dass China trotz seines wirtschaftlichen Aufstiegs insbesondere im Handel eng an Europa und in besonderem Maße an Deutschland gebunden ist. Zugleich profitieren Deutschland und Europa stark von Chinas Wirtschaftsaufstieg, u. a. durch chinesische Direktinvestitionen. Das bedeutet, dass zukünftig eine zunehmende Zusammenarbeit aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen stattfinden wird, die von beiden Seiten erwünscht und gefördert wird.

5 Verhalten Chinas in internationalen Arenen

Vor dem zuvor ausgeführten politökonomischen Hintergrund stellt sich aus „westlicher“ Perspektive die Frage nach der Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit China. Wird China seine eigenen Interessen uneingeschränkt verfolgen und gegebenenfalls seine Machtbasis insofern ausnutzen, dass es internationale Politiken zugunsten seiner gesonderten Interessen prägt (Konfrontation), oder wird es statt dessen in konstruktiver Weise andere Akteure berücksichtigen, um eine Problemlösung für globale Herausforderungen zu finden (Kooperation)? Dies soll im Folgenden anhand der drei ausgewählten Politikfelder Klimapolitik, Geistiges Eigentum sowie VN-Peacekeeping überprüft werden, da sich diese internationalen Arenen in prominenter Weise durch stereotype Wahrnehmung der Volksrepublik als „Umweltverschmutzer“, „Raubkopierer“ bzw. „Blockierer im Sicherheitsrat“ hervorheben.

a) Klimapolitik

Dem Primat der wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet, wurden klimapolitische Bedenken in China während der Industrialisierung größtenteils außer Acht gelassen. Die große Vulnerabilität des Landes in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels sowie die zunehmende Umweltverschmutzung, die sich aktuell in Smog-Rekorden manifestiert, ließ jedoch sukzessive ein steigendes Bewusstsein für Umweltschutz in der Gesellschaft und bei der Regierung entstehen.²⁵ Dieses nationale Verantwortungsbewusstsein, festgeschrieben im aktuellen Fünfjahresplan sowie im aktuellen Bericht über die Klimapolitik der chinesischen Regierung²⁶, ermöglicht internationale Kooperationen beim Klimaschutz. Vor allem arbeitet China mit anderen Entwicklungsländern zusammen, tritt mitunter als „Anwalt“ für schwächere Staaten auf oder sucht im Rahmen der „BASIC“-Initiative vor Klimaverhandlungen gemeinsame Positionen mit Brasilien, Südafrika und Indien. Als Unterzeichnerstaat des Kyoto-I-Protokolls partizipiert China besonders erfolgreich am *Clean Development Mechanism* (CDM), einem der Instrumente des Protokolls.²⁷ Als Vertreiber von erneuerbaren Energietechnologien kann China zudem maßgeblich zur Senkung von Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen beitragen. So ist es bereits im Wind- und Solarenergie-

22 WTO 2012.

23 Schüller 2010: 9.

24 Xu et al. 2012: 19.

25 Schmidt/Heilmann 2012: 89f.; Süddeutsche Zeitung 2013.

26 Lewis 2012; The National Development and Reform Commission 2012.

27 Schmidt/Heilmann 2012: 92–96.

sektor der weltweit größte Produzent, und es wird erwartet, dass es zum günstigsten Versorger aufsteigen wird.²⁸

Neben diesen Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich gleichzeitig Konfrontationsfelder aufgrund der Tatsache, dass China weltweit der größte CO₂-Emittent ist, ein Fünftel der gesamten Emissionen gehen von China aus.²⁹ Von seinem Recht auf nachholende Entwicklung ausgehend ist das Land nicht bereit, CO₂-neutrale Wachstumspfade einzuschlagen, statt dessen spricht die Kommunistische Partei Chinas von einer „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“, womit international bindende Zusagen abgelehnt und nationale Anstrengungen zum Klimaschutz nur freiwillig vorgenommen werden.³⁰ Gleichzeitig sichert sich China so auch seine Souveränität, da es sich supranationalen Überprüfungs-systemen gegenüber nicht öffnen möchte.³¹ Zudem stellt das eben genannte Kooperationspotenzial im Bereich der erneuerbaren Energien auch ein Problem dar, da China hiermit in Konkurrenz zu Industrienationen steht, die entsprechende Technologien ebenfalls absetzen möchten, und es zu Wettbewerbskämpfen kommen kann.³² Beispielsweise wird aktuell geprüft, ob chinesische Photovoltaik-Exporte in die EU mit Anti-Dumping-Zöllen belegt werden können.³³ Als eines der größten Hindernisse der jüngsten und auch vorangehenden Klimakonferenzen haben sich jedoch fehlende Zusagen der Industrienationen erwiesen, weshalb sich China ebenfalls nicht verpflichtet fühlt, sich international auf bindende Reduktionsziele festzulegen. Auch deshalb hat China das Kyoto-II-Schlussdokument nicht mitgezeichnet und plädiert nach wie vor für die Identifizierung von fairen Lösungen.³⁴

Man kann somit für den Bereich der Klimapolitik Chinas festhalten, dass Kooperation in verschiedensten Bereichen möglich ist und auch bereits stattfindet, aber die internationale Umsetzung sowohl aufgrund von nationalen Ansprüchen als auch restriktiven Haltungen anderer Länder erschwert wird.

b) Geistiges Eigentum

Ähnlich wie im Kontext des Klimaregimes zeigt sich China auch bei Regelungen zum geistigen Eigentum international eingebunden. Beleg dafür ist sowohl die Mitgliedschaft Chinas in der World Intellectual Property Organization (WIPO)³⁵, einem der wichtigsten globalen Normsetzer im diesem Bereich, als auch dass China zu den Unterzeichnerstaaten³⁶ des TRIPS-Abkommens (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) der Welthandelsorganisation (WTO) zählt, welches die Prozesse zu Patentrechten im internationalen Handel harmonisieren soll. Der Beitritt Chinas zu diesen internationalen Normen fand gleichermaßen auf internationalen Druck statt wie die Anpassung des nationalen chinesischen Eigentumsrechts, sodass sich dieses formell kaum noch von dem „westlicher“ Staaten unterscheidet.³⁷

Auch wenn es in China anders als in anderen Staaten formal nicht nur eine juristische, sondern auch eine administrative Möglichkeit gibt, Eigentumsrechte einzuklagen, bestehen weiterhin Mängel bei der Implementierung des formellen Rechts. Gründe hierfür sind unter anderem die dezentralisierte Behördenstruktur mit teilweise zu geringen Kapazitäten, Beschwerden über den Verstoß von Eigentumsrechten nachzugehen. Aber auch korrupte lokale Implementierungsorgane bzw. Kader, die eher lokale Arbeitsplätze sichern als Patentrechte durchzusetzen (lokaler Protektionismus), verhindern die Einhaltung (inter-)nationaler Normen.³⁸

Dennoch gab es in den letzten Jahren Fortschritte und Reformen im Bereich des geistigen Eigentums bzw. ein Umdenken bei der chinesischen Führung,³⁹ auch wenn weiterhin ein Reformbedarf bestehen

28 Berger et al. 2012: 5.

29 Ebd.: 4.

30 Stalley 2013: 3.

31 Schmidt/Heilmann 2012: 97.

32 Berger et al. 2012: 14.

33 Yunwen et al. 2012; European Commission 2010.

34 Stalley 2013: 4f.; IISD 2012: 26–29.

35 WIPO 2013.

36 WTO 2013.

37 Dalsgaard 2011: 15 f.

38 McHardy Reid/MacKinnon 2010: 476; Dalsgaard 2011.

39 Choukroune 2009: 417 f.

bleibt.⁴⁰ Diesbezügliche Forderungen werden zunehmend auch von chinesischen Ingenieuren und Unternehmern artikuliert, da diese mittlerweile selbst Opfer von Produktpiraterie werden.⁴¹ Auch in der globalen Arena des Eigentumsrechts kann somit, trotz der bestehenden Mängel, das chinesische Verhalten als kooperativ und nicht auf ein gesondertes Eigeninteresse ausgerichtet beurteilt werden.

c) Peacekeeping

Schon durch seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen (VN) verdeutlicht die VR China ein grundsätzliches Kooperationsinteresse. So nimmt die Volksrepublik als permanentes Mitglied des Sicherheitsrats der VN bei wichtigen Weichenstellungen globalpolitischer Sicherheit eine entscheidende Rolle ein. Anhand der Einstellung Chinas zu Peacekeeping-Einsätzen der VN lässt sich ein besonders starker Wandlungsprozess der chinesischen Haltung nachvollziehen. Ausgehend von dem Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten und der Unantastbarkeit staatlicher Souveränität als außenpolitische Grundsätze lehnte China das Peacekeeping-Konzept bis in die 1980er Jahre ab. Dementsprechend fand keine Beteiligung an friedenssichernden Einsätzen der VN statt. Bei Abstimmungen über Peacekeeping-Operationen im Sicherheitsrat enthielt sich China und stellte weder personelle noch finanzielle Unterstützung zur Verfügung.⁴² Allerdings wurde im Sicherheitsrat auch kaum vom Vetorecht Gebrauch gemacht.⁴³ In den 1990er Jahren wandelte sich die Haltung der totalen Opposition langsam, und China verhielt sich in Peacekeeping-Fragen vorwiegend passiv. Jedoch gab es bereits 1989 die erste chinesische Beteiligung im Rahmen einer Mission im Nahen Osten, welche durch die Entsendung von Personal unterstützt wurde.⁴⁴ Dieser Wandel vertiefte sich noch weiter, so dass seit Ende des 20. Jahrhunderts eine proaktive Teilnahme und die Autorisierung von neuen Friedensmissionen zu beobachten ist.⁴⁵ Mit der Zustimmung zum Einsatz in Ost-Timor wurden seit 1999 auch Missionen akzeptiert, die über traditionelles Peacekeeping hinausgehen und mit einem erweiterten „robusten“ Mandat auch friedens erzwingende Maßnahmen umfassen.⁴⁶ Seitdem findet eine kontinuierliche Steigerung des chinesischen Peacekeeping-Engagements statt, so dass China aktuell zum führenden Truppensteller unter den permanenten Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates gehört, was durch die Versechzehnfachung ihres Kontingents zwischen 2003 und 2011 erreicht wurde.⁴⁷

Als wichtigen Grund für diesen Wandlungsprozess kann Chinas Bedürfnis nach einer Anerkennung als verantwortungsbewusste Großmacht identifiziert werden, womit auch ein Interesse an einem gesicherten und stabilen Weltfrieden einhergeht, nicht zuletzt um seine eigenen Wirtschaftserfolge weiterhin sicherzustellen. Zudem hat China damit auch ein Bekenntnis zu den VN geleistet und erkennt diese als legitime Vertreterin internationaler Normen an, sodass die fortschreitende Kooperation als graduelle Anpassung an internationale Normen angesehen werden kann. Die Partizipation im Peacekeeping-Regime ist das Ergebnis einer gegenseitigen Anpassung, da beispielsweise der Fall Darfur⁴⁸ verdeutlicht, dass China auch ein „norm entrepreneur“ ist, welcher aktiv versucht, die bestehenden Normen herauszufordern und zu beeinflussen sowie aktiv die Entstehung neuer Normen voranzutreiben.⁴⁹

Insgesamt kann festgestellt werden, dass in China eine Internalisierung der Peacekeeping-Normen erfolgt ist und es sich kooperativ in diesem Politikfeld zeigt. Durch die aktive Unterstützung internationaler Missionen erweist sich das bevölkerungsreichste Land der Welt als verlässlicher Partner, von dessen Einbindung auch die internationale Gemeinschaft profitiert.⁵⁰

40 McHardy Reid / MacKinnon 2010.

41 Choukroune 2009: 417.

42 Chen 2009: 157.

43 Li 2011: 314.

44 Chen 2009: 169.

45 International Crisis Group 2009: 3 f.

46 Li 2011: 313 ff.

47 International Crisis Group 2009: 6.

48 Erst die Bemühungen Chinas konnten die sudanesische Regierung dazu bewegen, eine Peacekeeping-Mission mit robustem Mandat zu akzeptieren (Ling 2007: 49).

49 Li 2011: 314–317; Finnemore und Sikkink 1998.

50 Chen 2009: 162.

6 Fazit

Die stereotype Bedrohungswahrnehmung Chinas, die Ausgangspunkt dieses Beitrags war, kann auf Grundlage der herausgearbeiteten Ergebnisse nicht bestätigt werden. China wird trotz der aufgezeigten Sättigungsfaktoren weiterhin konstant und auf hohem Niveau (wenn auch gedämpft) wachsen und somit auch in Zukunft wirtschaftlichen und politischen Einfluss gewinnen. Daraus resultiert jedoch nicht zwangsläufig eine Bedrohung für die Europäische Union (inklusive Deutschland), da die Volkswirtschaften im hohen Maße interdependent sind und voneinander profitieren. Daher liegt es nahe, dass bestehende strategische Partnerschaften zwischen China und der EU sowie Deutschland weiter intensiviert werden. Mit Blick auf die politische Dimension geht aus den vorliegenden Betrachtungen hervor, dass China auf internationaler Ebene nicht nur kooperationsfähig ist, sondern auch als bedeutender Akteur bei der Bearbeitung globaler Problemfelder mit einbezogen werden kann und daran auch ein gesteigertes Interesse hat. Auf Grundlage der ausgewählten Politikfelder kann eine graduelle Normanpassung Chinas in globalen Arenen festgestellt werden, wobei dennoch ein gewisses Ausweichverhalten zu erkennen ist und sich somit Konfliktpotenziale abzeichnen.

Insgesamt kann eine einseitige Bedrohungswahrnehmung Chinas der Komplexität der internationalen Beziehungen nicht gerecht werden. Somit sollte einer jeglichen Kooperation mit China ein ausdifferenzierteres und ausgewogeneres China-Bild zugrunde gelegt werden, um eine konstruktive Einbindung zu ermöglichen. Über die globale Perspektive hinaus kann dabei vor allem mit chinesischen Partnern auf lokaler Ebene in Wissenschaft und Bildung kooperiert werden. Die nachfolgenden Beiträge werden dazu die Chancen und Grenzen anhand verschiedener Kooperationsbeispiele vorstellen.

Literatur

- Ambrosio, Thomas (2012): The rise of the ‘China Model’ and ‘Beijing Consensus’: evidence of authoritarian diffusion? In: *Contemporary Politics*, Vol. 18, No. 4: 381–399.
- Bai, Yunwen; Li, Lina und Chen, Jiliang (2012): EU-China solar trade war “casting a shadow” over Doha talks. *Chinadialogue*, <http://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/5395-EU-China-solar-trade-war-casting-a-shadow-over-Doha-talks> (5. 12. 2012).
- Berger, Axel; Fischer, Doris; Lema, Rasmus; Schmitz, Hubert und Urban, Frauke (2012): Towards a conceptual framework for analysing cooperation and competition between China and Europe in climate and renewable energy issues. Draft, <http://ssrn.com/abstract=2024848> (5. 12. 2012).
- Chen, Minglu und Goodman, David S. G. (2012): The China Model: one country, six authors. In: *Journal of Contemporary China*, Vol. 21, No. 73: 169–185.
- Choukroune, Leila (2009): „Harmonious” Norms for Global Marketing the Chinese Way. In: *Journal of Business Ethics*, Vol. 88, No. 3: 411–432.
- Dalsgaard, Anders Egebjerg (2011): Protection of Intellectual Property in the People’s Republic of China: is it really as bad as it looks? Aarhus.
- European Commission (2010): Climate Action, International Partners, Bilateral Cooperation: China. http://ec.europa.eu/clima/policies/international/cooperation/china/index_en.htm (1. 2. 2013).
- Finnemore, Martha and Sikkink, Kathryn (1998): International Norm Dynamics and Political Change. In: *International Organization*, Vol. 52, No. 4: 887–917.
- Hsu, Philip S. (2011): In search of China’s development model: beyond the Beijing Consensus. In: Hsu, Philip S.; Wu, Yu-Shan und Zhao, Suisheng (Hrsg.): *In Search of China’s Development Model. Beyond the Beijing Consensus* (Routledge contemporary China series, 63). Abingdon, Oxon / New York: 1–24.
- Huawei (Hrsg.) (2012): Huawei-Studie: Deutschland und China – Wahrnehmung und Realität, <http://www.huawei-studie.de/fileadmin/dl/huawei-studie.pdf> (21. 2. 2013).
- International Crisis Group (2009): China’s growing role in UN peacekeeping. In: *Asia Report* 166: 1–34.

- IISD (2012): A Brief Analysis of the Doha Climate Change Conference. In: Earth Negotiations Bulletin, Vol. 12, No. 567: 26–29, <http://www.iisd.ca/climate/cop18/enb/> (20. 2. 2013).
- Lewis, Joanna (2011): Energy and Climate Goals of China's 12th Five-Year Plan. Pew Center on Global Climate Change, <http://www.c2es.org/docUploads/energy-climate-goals-china-twelfth-five-year-plan.pdf> (5. 12. 2012).
- Li, Chien-pin (2011): Norm Entrepreneur or Interest Maximizer? China's Participation in UN Peacekeeping Operations, 2001–2010. In: China: An International Journal, Vol. 9, No. 2: 313–327.
- Ling, Bonny (2007): China's Peacekeeping Diplomacy. In: China Rights Forum, No. 1: 47–49.
- McHardy Reid, David und MacKinnon, Simon (2010): Win the China IP War and Gain Globally. In: Thunderbird International Business Review, Vol. 52, No. 5: 475–489.
- Meunier, Sophie (2011): The "China Syndrome": New Perceptions of Globalization in Europe. http://www.princeton.edu/europe/events_archive/repository/05-04-2011Conference/Meunier-EU-Program-2011.pdf (10. 3. 2013).
- Morgan Stanley (2010): Chinese Economy through 2020, The China Files. Morgan Stanley Blue Papers.
- Morrison, Wayne M. (2009): China's Economic Conditions. CRS Report RL33534 for Congress, Washington: Congressional Research Service.
- Naughton, Barry (2007): The Chinese Economy. Transitions and Growth. Cambridge.
- Naughton, Barry (2010): China's Distinctive System: can it be a model for others? In: Journal of Contemporary China, Vol. 19, No. 65: 437–460.
- Pamlin, Dennis (2013): China's Global Media Image. <http://www.chinas-global-media-image.net> (14. 3. 2013).
- Purba, Martina Angelika (2012): The Rise of China Economic Power: China Growing Importance to Indonesian Economy. Institute of Social Studies, Netherlands.
- Richter, Carola und Gebauer, Sebastian (2010): Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien. Heinrich Böll-Stiftung.
- Schmidt, Dirk und Heilmann, Sebastian (2012): Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China. Wiesbaden.
- Schüller, Margot (2010): Chinas Aufstieg zum wichtigsten deutschen Wirtschaftspartner in Asien. Note du Cerfa 71. Paris/Bruxelles: Comité d'études des relations franco-allemandes.
- Stalley, Phillip (2013): Forum. Principled Strategy: The Role of Equity Norms in China's Climate Change Diplomacy. In: Global Environmental Politics, Vol. 13, No. 1: 1–7.
- Süddeutsche Zeitung (2013): Umweltverschmutzung in China: Regierung sieht blindes Wachstum als Smog-Ursache (16. Januar 2013). <http://www.sueddeutsche.de/politik/umweltverschmutzung-in-china-regierung-sieht-blindes-wachstum-als-smog-ursache-1.1574234> (10. 3. 2013).
- Ten Brink, Tobias (2011): Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie. Working Paper No. 11, Vol. 7, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- The National Development and Reform Commission (2012): The People's Republic of China: China's Policies and Actions for Addressing Climate Change, <http://qhs.ndrc.gov.cn/zcfg/W020121122588539459161.pdf> (10. 3. 2013).
- The World Bank (2012): China 2030: Building a Modern, Harmonious, and Creative High-Income Society. Development Research Center of the State Council, The People's Republic of China.
- WIPO (2013): World Intellectual Property Organization, Information by Country – China. http://www.wipo.int/directory/en/details.jsp?country_code=CN (9. 3. 2013).
- WTO (2012): Country Profile China. <http://stat.wto.org/CountryProfile/WSDBCcountryPFHome.aspx?Language=E> (8. 12. 2012).

WTO (2013): World Trade Organization – Member Information: China and the WTO.

http://www.wto.org/english/thewto_e/countries_e/china_e.htm (9.3.2013).

Xing, Li und Muchie, Mammo (2010): The Myths and realities of the Rising Powers: Is China a Threat to the Existing World Order? In: Xing, Li (Hrsg.): The rise of China and the capitalist world order (The International Political Economy of New Regionalism Series). Surrey/Burlington: 51–70.

Xu, Ting; Petersen, Thieß und Wang, Tianlong (2012): Cash in Hand: Chinese Foreign Direct Investment in the U.S. and Germany. Bertelsmann Foundation/China Center for International Economic Exchanges (CCIEE), Washington/Beijing.

Zhao, Suisheng (2010): The China Model: can it replace the Western model of modernization? In: Journal of Contemporary China, Vol. 19, No. 65: 419–436.